

Es ist die Zivilgesellschaft, die gestaltet

Interview mit zwei jungen Akteur/-innen

Sonja Ernst

Seit rund einem Jahr hat Sri Lanka eine neue Regierung. Der klare Wahlsieg der linken *National People's Power (Jathika Jana Balawegaya / Nationale Volksmacht, NPP)* bei den Parlamentswahlen im November 2024 zeigte deutlich den Wunsch der Wähler/-innen nach einem politischen Neuanfang in Sri Lanka. Nach der schweren Wirtschaftskrise von 2022 hofften die Menschen auf einen Wandel unter einer neuen Regierung. Wie es um diese Hoffnungen steht, erläutern eine Vertreterin und ein Vertreter der jungen Generation.

Anlässlich eines Besuchs in Deutschland im März dieses Jahres konnte die Autorin mit Githmi Maneesha Bandaranayake und Benislos Thushan Anton Vijayakumar online sprechen. Beide sind Rechtsanwältinnen in Sri Lanka. Githmi Bandaranayake ist in Colombo tätig und setzt sich vor allem für die Rechte von Menschen mit Behinderungen ein. Benislos Vijayakumar arbeitet in Jaffna und ist tätig im Bereich Minderheitenrechte, Rechenschaftspflicht und Wahrheitsfindung.

Sonja Ernst: Im November 2024 erzielte die *National People's Power (NPP)* einen erdrutschartigen Sieg bei den Parlamentswahlen. Die linke Koalition unter Präsident Anura Kumara Dissanayake holte eine Zweidrittelmehrheit im Parlament. Sind Sie persönlich mit der neuen Regierung zufrieden?

Benislos Vijayakumar: Die neue Regierung hat während des Wahlkampfs einen klaren Kurs gegen Korruption eingeschlagen. Das war ihr Hauptanliegen vor dem Wahltag. Die Regierung hat in dieser Frage ein paar wichtige Schritte unternommen, diese Bemühungen sind zu begrüßen. Wenn es aber um Themen wie Menschenrechte oder Rechenschaftspflicht geht, dann sind die Anzeichen nicht ermutigend, sondern eher besorgniserregend.

Ein Beispiel dafür ist die Haltung der Regierung bezüglich der Rechenschaftspflicht für Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen während des Bürgerkrieges in Sri Lanka. Ein weiteres Beispiel sind zwei drakonische Gesetze, der *Prevention of Terrorism Act (PTA)*, Gesetz zur Verhinderung von Terrorismus aus dem Jahr 1979 und der neuere *Online Safety Act (OSA)*, Online-Sicherheitsgesetz, 2024 verabschiedet noch unter dem damaligen Präsidenten Ranil Wickremesinghe. Die aktuelle Regierung war Antragstellerin, als das OSA vor dem Obersten Gerichtshof angefochten wurde, um die Verfassungsmäßigkeit festzustellen. Sie argumentierte, dass dieses Gesetz absolut verfassungswidrig sei und keinen Platz im Rechtssystem Sri Lankas habe. Aber jetzt ist das OSA noch immer in Kraft. Bislang wurde das Gesetz von der derzeitigen Regierung nicht zurückgezogen.

Die Regierung hat deutlich gemacht, dass sie sich zunächst um die Wirtschaft kümmern will. Sri Lanka kämpft mit einer hohen Inflationsrate, viele Menschen leben in Armut. Ist es glaubwürdig, wie die Regierung ihre Prioritäten setzt? Oder ist die Regierung nicht bereit, echte Veränderungen herbeizuführen – einschließlich der Umsetzung der Menschenrechte?

Benislos Vijayakumar: Die Regierung hat erklärt, dass der unmittelbare Fokus auf der Stabilisierung der Wirtschaft liegen werde. Das ist wichtig. Aber diese Regierung verfügt über eine absolute politische Mehrheit im Parlament. Sie hat zwei Drittel der Sitze inne. Es bedeutet keinen großen Aufwand, PTA oder OSA aufzuheben. Man muss es nur im Parlament zur Sprache bringen und die Stimmen dafür einholen. Mit einer solchen Mehrheit kann die Regierung sicherlich mehr tun als sie derzeit tut.

Außerdem sind wir nicht in einer Situation, in der allein wirtschaftliche Stabilität über alles andere triumphieren sollte – und alle anderen Themen in den Hintergrund treten. Das Zeitfenster für umfassende Reformen ist eine Sache von sechs bis zwölf Monaten. Viele Verfassungsrechtler/-innen sind sich einig, dass solche umfassenden Reformen wie Verfassungsänderungen durchgeführt werden sollten, solange die Öffentlichkeit den Wunsch danach äußert und solange diese große Welle der Unterstützung existiert.

Diese Regierung wurde mit dem Versprechen gewählt, dass sie eine neue Verfassung einbringt: Das war ein Wahlversprechen. Ein anderes wichtiges Versprechen war, Min-



Podiumsdiskussion zu Sri Lanka im März bei der Evangelischen Akademie in Bad Boll.

Bild © privat

derheiten wie den Tamil(inn)en mehr Macht zu geben. Minderheiten haben schon immer für eine föderale Struktur gekämpft, die ihnen mehr Macht verschafft. Nun will die Regierung die Verfassungsreform um drei oder vier Jahre aufschieben. Ich bin mir nicht sicher, wie wohlwollend die Öffentlichkeit dann noch auf eine Verfassungsreform schaut. Daher glaube ich persönlich nicht, dass wirtschaftliche Prioritäten Vorrang vor allem anderen haben sollten.

Githmi Bandaranayake, Sie setzen sich in Sri Lanka für die Rechte von Menschen mit Behinderungen ein. Welche konkreten Themen gehören zu Ihrer Arbeit?

Githmi Bandaranayake: Ein wichtiger Bereich, den ich hervorheben möchte, ist die politische Teilhabe für Wähler/-innen mit Einschränkungen zu gewährleisten. Zum Beispiel die Stimmabgabe während der Wahl. Viele Menschen mit Behinderung, etwa mit Sehbeeinträchtigung, wissen nicht, wie sie ihre Stimme ordnungsgemäß abgeben können, weil ihnen das entsprechende Wissen über das Wahlsystem fehlt. Hinzu kommt, dass sie oft keine barrierefreien Informationen über die Kandidat/-innen und politischen

Parteien erhalten, die zur Wahl stehen. Das nimmt den Wähler/-innen mit Beeinträchtigung die Möglichkeit, eine fundierte Entscheidung treffen zu können.

Ein weiterer Aspekt ist die Stimmabgabe selbst. In Sri Lanka wird nicht abwaschbare Tinte genutzt, um Mehrfachabstimmungen zu verhindern. Üblicherweise wird die Tinte auf den kleinen Finger der linken Hand aufgetragen. Es gibt Menschen, denen dieser Finger fehlt oder deren linke Hand teilamputiert ist, beispielsweise seit ihrer Geburt oder nach einem Unfall. Man darf nicht vergessen, dass Sri Lanka Jahrzehnte Bürgerkrieg durchlebt hat, in denen nicht nur Landminen, sondern verschiedenste Formen der Gewalt unermessliches Leid verursacht haben. Infolgedessen sind viele Menschen beeinträchtigt – darunter Soldaten und Zivilist/-innen. Für die Stimmabgabe gibt es klare Vorschriften für Wähler/-innen, die ihre Finger verloren haben. Doch in den Wahllokalen sind diese den Beamten oft nicht bekannt. Teils müssen dann Wähler/-innen stundenlang warten, bis die Beamten Hinweise von ihren Vorgesetzten erhalten.

Die Regierung sollte sich stärker darauf konzentrieren, dass die Beamten

in den Wahllokalen besser informiert sind. Außerdem gibt es für Menschen mit kognitiver Beeinträchtigung keinerlei Strukturen, um ihr Wahlrecht ausüben zu können.

Für diese Aspekte braucht es ein Bewusstsein – sowohl innerhalb der Zivilgesellschaft als auch bei Menschen mit Beeinträchtigung und bei den Beamten in den Wahllokalen, wenn es um die Stimmabgabe geht.

Welche Herausforderungen sehen Sie noch?

Githmi Bandaranayake: Wir brauchen dringend mehr Bildungsmöglichkeiten für Menschen mit Beeinträchtigung, vor allem in abgelegenen Gebieten.

Eine weitere große Herausforderung ist, dass es kein umfassendes staatliches System gibt, um Daten zu erheben über Menschen mit Beeinträchtigung in Sri Lanka. Zwar liegen einige Informationen vor, doch diese sind unzureichend. Wir haben kein präzises Wissen über die Gesamtzahl der Menschen mit Behinderung, in welchen Regionen sie leben oder welche spezifischen Bedürfnisse sie haben.

Benislos Vijayakumar, Sie haben bereits die klare politische Mehrheit der Regierung erwähnt. Haben die Menschen bei der Wahl im vergangenen Jahr für die National People's Power Coalition gestimmt, weil sie überzeugt waren oder weil es keine Alternative gab?

Benislos Vijayakumar: Ich glaube, es war vor allem eine Wahl gegen die Amtsinhaber. Die Menschen haben gegen das Establishment gewählt und gegen die politischen Familien, die in den vergangenen 73, 74 Jahren Sri Lanka dominiert haben.

Die Wähler/-innen konnten durchaus viel anfangen mit den Maßnahmen zur Korruptionsbekämpfung, die die Regierung vor der Wahl vorgeschlagen hatte. Die Menschen haben gesehen, wie wirtschaftlich instabil Sri Lanka geworden ist, vor allem nach dem wirtschaftlichen Zusammenbruch und dem sprunghaften Anstieg der Lebenshaltungskosten. Daher war die Wahl im vergangenen November eher eine Anti-Amtsinhaber-Wahl als eine über Zuversicht.

Im Moment sehen wir keine großen Unterschiede zur früheren Regierung. Zum Beispiel kam 2024 der UN-Menschenrechtsrat in Genf zu dem Schluss, dass sich Sri Lanka mit dem mangelnden Fortschritt bei der Aufarbeitung vergangener schwerwiegender Menschenrechtsverletzungen befassen sollte. Vor allem in Fällen von Verschwindenlassen von Menschen sowie Landraub im Norden und Osten des Landes. Bislang ist jedoch nichts geschehen. Die Regierung nutzt die Vorstellung, dass die Menschen hinter ihr stünden, weil so viele für sie gestimmt haben, und dass wir nun eine versöhnte Gesellschaft seien. Aber die Wirklichkeit sieht anders aus. Eine Versöhnung steht weiterhin aus.

Zum Beispiel sprach sich die Regierung am 27. November 2024 dafür aus, dass sie das Gedenken an die Toten billigen wird. Jedes Jahr am 27. November gedenken die Tamil(inn)en den Gefallenen im Bürgerkrieg. Doch während der Gedenkfeiern wurden viele Zwischenfälle gemeldet. Die Polizei störte viele dieser Gedenkfeiern und -veranstaltungen.

Was denken Sie, wie stark ist die Zivilgesellschaft in diesem entscheidenden Moment, um gegen diese Enttäuschung anzukämpfen?

Githmi Bandaranayake: Die Zivilgesellschaft wird sich auch weiterhin zu diesen verschiedenen Themen zu Wort melden. Doch eine andere große Herausforderung brachte die

Streichung der USAID-Finanzmittel für zivilgesellschaftliche Programme in Sri Lanka, eben infolge der Haushaltskürzungen unter US-Präsident Donald Trump. Diese Entscheidung hat erhebliche Auswirkungen auf die humanitäre Hilfe und Entwicklungsarbeit im ganzen Land. Trotz alledem setzen viele zivilgesellschaftliche Organisationen ihre Aktivitäten entschlossen fort und bemühen sich durch innovative Ansätze und anhaltende Anstrengungen voranzukommen – trotz der finanziellen Schwierigkeiten.

Wie Beni bereits erwähnte, erschwert der *Online Safety Act* die Arbeit zivilgesellschaftlicher Organisationen und schränkt ihre Meinungsfreiheit ein. Derzeit gibt es politische und rechtliche Diskussionen über eine Änderung oder Aufhebung des Gesetzes.

Benislos Vijayakumar: Viele der heutigen Parlamentsabgeordneten waren vor der Wahl aktive Mitglieder der Zivilgesellschaft. Als der *Online Safety Act* im Parlament eingebracht wurde, war die derzeitige Regierung in der Opposition und legte beim Obersten Gerichtshof Einspruch dagegen ein. Premierministerin Harini Amarasuriy war zwischen 2015 und 2018 ein aktives Mitglied des Ausschusses für Verfassungsreform in Sri Lanka. Viele andere derzeitige Parlamentsabgeordnete setzten sich aktiv für Themen der Zivilgesellschaft ein. Vor der Wahl führten Mitglieder der aktuellen Regierung gemeinsam mit regionalen tamilischen Parteien eine Kampagne in Colombo durch, in der sie die Aufhebung der Gesetze zur Terrorismusbekämpfung forderten. Das Traurigste ist wohl, dass zwar einige der aktuellen Parlamentsabgeordneten vor ihrer Wahl Teil der Zivilgesellschaft waren, doch daraus jetzt keine Taten folgen.

Aber wenn wir über Sri Lankas Zivilgesellschaft sprechen, denke ich, dass sie aktiv bleiben wird. Sie wird eine proaktive Rolle spielen und die

Regierung zur Rechenschaft ziehen. Denn derzeit haben wir in Sri Lanka die politische Situation, in der es fast keine effektive Opposition gibt. Die Opposition ist zerrüttet, sie ist gespalten – aber die Zivilgesellschaft übernimmt deren Rolle.

Aus dem Englischen übersetzt von Sonja Ernst.

Zur Autorin und Interviewpartner/-in



Sonja Ernst ist freiberufliche Journalistin und unter anderem tätig für SWR, Deutschlandfunk und SÜD-ASIEN. Im Jahr 2022 erhielt Sonja Ernst den Peter Scholl-Latour Preis für ihre Reportage im SWR über „Kinder aus Kriegsvergewaltigungen“ in Bosnien und Ruanda.



Githmi Bandaranayake arbeitet als Rechtsanwältin und Sozialarbeiterin und setzt sich für Menschenrechte und soziale Gerechtigkeit ein. Sie forscht zu den Rechten von

Menschen mit Behinderungen und engagiert sich für Inklusion und Gleichberechtigung. Als Direktorin und Koordinatorin der *Women's Development Foundation (Guarantee) Ltd.* in Kurunegala leitet sie Initiativen zur Stärkung von Frauen, Kindern und Gemeinschaften durch Bildungs-, Interessenvertretungs- und Entwicklungsprogramme.



Benislos Thushan Anton Vijayakumar (Beni) arbeitet als Rechtsanwalt in der Provinzhauptstadt Jaffna, im Norden Sri Lankas. Seine thematischen

Schwerpunkte sind Minderheitenrechte, Übergangsjustiz und die staatliche Verpflichtung zur Rechenschaft und zur Aufarbeitung der Vergangenheit. Er ist Angehöriger der tamilischen Bevölkerung.